

„Suchet zuerst das Reich Gottes und seine Gerechtigkeit“. Ökumenische Sozialethik für das 21. Jahrhundert“

Hauptvortrag beim 34. Deutschen Evangelischen Kirchentag in Hamburg am 4. Mai 2013

Kursiv = Landesbischof Prof. Dr. Heinrich Bedford-Strohm; nicht kursiv = Prof. Dr. Marianne Heimbach-Steins

„Suchet zuerst das Reich Gottes und seine Gerechtigkeit“. Unter dieses biblische Leitwort haben wir unsere Suche nach einer „Ökumenischen Sozialethik für das 21. Jahrhundert“ gestellt. Damit lassen wir uns etwas auf den Weg geben, das gewichtige Konsequenzen für unser Nachdenken hat. Denn es macht gleich glasklar: Es geht hier nicht darum, irgendwelche politischen Überzeugungen zum Besten zu geben und ihnen, weil wir eben beim Kirchentag sind, ein christliches Mäntelchen umzulegen oder sie gar heilig zu sprechen. Sondern es geht um ein Suchen und ein Hinhören auf etwas, das außerhalb von uns selbst liegt. Es geht darum, den Atem des Reiches Gottes in unser Nachdenken aufzunehmen, jenes Reiches Gottes, das Jesus selbst verkündigt hat und mit dem er die Sehnsucht der Menschen aufgenommen und sie in seinen Bann gezogen hat. Und als er den Menschen sagte: „Siehe, das Reich Gottes ist mitten unter euch“ (Lk 17,21), da spürten sie genau, dass dieser Satz mit Jesus selbst wahr geworden war.

*Christinnen und Christen kennen keinen Zauberweg für die Lösung der Probleme, vor denen wir in unserer Zeit stehen. Aber sie können sich mit der Leidenschaft der Reich-Gottes-Sucher an der Diskussion um die richtigen Wege beteiligen. Ja, wenn sie ihr Christsein ernstnehmen wollen, **müssen** sie es.*

*Weil es kein katholisches, evangelisches oder orthodoxes Reich Gottes gibt, kann die Suche nach solchen Wegen nur eine ökumenische sein. Und weil es um das Reich Gottes, also die **ganze** Welt geht, deswegen sind wir in unserer Suche verbunden mit allen Menschen guten Willens, die sich für die Menschenwürde, für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung einsetzen.*

Wo liegen die Herausforderungen für ein christliches Zeugnis heute? Was sind die Eckpunkte, an denen sich ein Handeln in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ausrichten kann, das christlichen Grundorientierungen folgen will? Und was bedeutet das für unseren Auftrag als Christinnen und Christen?

1. Christlicher Glaube ist keine Privatangelegenheit.

„Sucht zuerst das Reich Gottes und seine Gerechtigkeit – alles andere wird euch dazugegeben werden“ (Lk 12,31 // Mt 6, 33). Der Satz formuliert die Quintessenz des Gleichnisses von den Raben, die nicht säen und ernten, aber von Gott ernährt werden, und von den Lilien auf dem Feld. Jesus warnt vor einer falschen, von Gott entfernenden Sorge. Es klingt im ersten Moment wie ein antipolitisches Programm: Abwendung von den weltlichen Dingen – Hinwendung zu Gott: Er möge es richten. Aber das wäre ein schwer wiegendes Missverständnis: So wenig die Suche nach der Gerechtigkeit Gottes in Politik aufgeht, so wenig ist sie ein a-politisches Geschäft.

Der katholische politische Theologe Johann Baptist Metz hat einmal zugespitzt formuliert: „Das Reich Gottes ist nicht indifferent gegenüber den Welthandelspreisen.“⁴¹ Die Suche nach dem Reich Gottes hat sehr wohl mit weltlichen Dingen, mit Politik und Wirtschaft zu tun, mit den Strukturen, die unser Handeln bestimmen – und die durch unser Handeln errichtet, erhalten oder verändert werden. Vom Reich Gottes können wir nicht glaubwürdig sprechen, ohne für Solidarität und Gerechtigkeit einzutreten (vgl. ZSG 46). Der Glaube an Gott und das Bekenntnis zu ihm gehören untrennbar mit der Sorge um den Zustand unserer Welt zusammen. „Mystik“ und „Politik“ sind die zwei Seiten der gleichen Medaille.

Einen Kompass für die politische Dimension des christlichen Glaubens gibt mir das Zweite Vatikanische Konzil, wenn es zum Verhältnis von Kirche und Welt sagt: „Freude und Hoffnung, Trauer und Angst der Menschen von heute, besonders der Armen und Bedrängten aller Art, sind auch Freude und Hoffnung, Trauer und Angst der Jünger (und Jüngerinnen, mhs) Christi.“ (GS 1) Den letzten Grund dafür sieht das Konzil im gemeinsamen Menschsein, mit dem sich Gott in Jesus Christus ganz und gar identifiziert hat: Eine tiefere Begründung der Solidarität kann es eigentlich nicht geben. Sie verlangt die Stellungnahme zu Verhältnissen, die Not verursachen oder verfestigen, die Menschen ausschließen, kränken, scheinbar überflüssig machen.

Als Christen dürfen wir nicht „Randsiedler“ des menschlichen Daseins und der Gesellschaft sein. Wir müssen uns in die Auseinandersetzungen um Gerechtigkeit und die Möglichkeit eines guten Lebens für alle einmischen – in der Nachfolge des Mensch gewordenen Gottes, der sich nicht zu schade war, in die Niederungen von menschlicher Armut, Gewalt und Tod hinabzusteigen.

Diese Menschwerdung Gottes ist der tiefe theologische Grund dafür, dass wir heute sagen: Wer fromm ist, muss auch politisch sein. Weil Gott in Christus Mensch geworden ist, sehen wir die Welt in all ihrer Gebrochenheit als gute Schöpfung Gottes. Den Menschen sehen wir als Gottes Bild. Gott hat in Christus die Welt und den Menschen mit sich versöhnt – so heißt es in 2. Korinther 5,19. Und da steht das griechische Wort „ton kosmon“. Der ganze Kosmos ist versöhnt. Deswegen konnte Dietrich Bonhoeffer sagen: „Die Wirklichkeit Gottes erschließt sich nicht anders als indem sie mich ganz in die Weltwirklichkeit hineinstellt.“ⁱⁱ Denn: „Es gibt kein Stück Welt und sei es noch so verloren, noch so gottlos,“ sagt Bonhoeffer, „das nicht in Jesus Christus von Gott angenommen, mit Gott versöhnt wäre.“ⁱⁱⁱ

Daraus erwächst für uns Christinnen und Christen eine tiefe Solidarität mit der Welt. Christsein heißt immer verantwortliches Handeln für die Welt als ganze.

*Eine ökumenische Sozialethik für das 21. Jahrhundert muss sich deswegen als „öffentliche Theologie“ verstehen. Hinter den in der Öffentlichkeit diskutierten politischen Fragen muss sie die ethischen Tiefendimensionen identifizieren. Und sie muss Orientierung geben. Die Kunst öffentlicher Theologie ist es, sich in die gesellschaftlichen Debatten so einzumischen, dass wirklich die Grundorientierungsfragen sichtbar werden, wir uns also nicht in Tagespolitik verlieren. Mit Weniger dürfen wir uns allerdings nicht zufrieden geben. Gott ist der Herr der **ganzen** Welt. Und deswegen heißt Zeugnis für das Reich Gottes zu geben, auch, sich ganz auf die Welt einzulassen.*

2. Die biblische Option für die Armen ist der Kompass christlicher und kirchlicher Solidaritätsarbeit.

Wo das christliche Bekenntnis nicht (mehr) zum Selbstverständnis einer Gesellschaft gehört, gilt es, Rechenschaft zu geben von der Hoffnung, die uns erfüllt (vgl. 1 Petr 3,15), und immer wieder nach Orientierung gebenden Wegweisern zu fragen.

Die Kirchen Lateinamerikas, Afrikas und Asiens führen uns Europäer mit der Option für die Armen zurück auf eine biblische Spur, die für glaubwürdiges Christsein und

Kirchesein „alternativlos“ ist (hier bietet sich das politisch allzu strapazierte Wort einmal wirklich an).

Mit vielen Christinnen und Christen aller Konfessionen bin ich dankbar, dass Papst Franziskus so deutliche Signale für eine geschwisterliche Kirche, eine Kirche an der Seite der Armen setzt. Das ist ein Anspruch, der uns in Deutschland konfessionsübergreifend herausfordert. Auch das Votum für eine öffentliche Theologie bekommt damit noch einmal einen neuen Klang und eine neue Dringlichkeit.

Der Anspruch der Option für die Armen ist keiner kurzfristigen (kirchen-)politischen Konjunktur geschuldet. Er wurzelt tief im Kern der biblischen Gottesbotschaft. Gott ergreift für sein geknechtetes Volk Partei. Er legt mit der Befreiung Israels aus der Versklavung in Ägypten den Grundstein für ein Gemeinwesen, dessen Grundlogik geschenkte Freiheit ist. Das befreiende Handeln Jesu an den Ausgeschlossenen und Marginalisierten – den Lahmen und Blinden, den Besessenen und den Aussätzigen – unterstreicht die soziale Dimension der biblischen Befreiungsbotschaft.

Diese Botschaft verpflichtet. Die Propheten Israels werden nicht müde, die geistliche und politische Elite des Landes zu mahnen – auch um den Preis, selbst an den Rand verwiesen und bedroht zu werden: Gottesdienst wird falsch, wenn er mit Ausbeutung der Armen einhergeht (Amos). Wo die Sozialmoral untergraben wird, kann auch das Gottesverhältnis nicht in Ordnung sein (vgl. Hos 4). An der Verkündigung der biblischen Propheten Maß zu nehmen heißt für uns: mit dem Mut zu Kritik und Selbstkritik im Angesicht der Macht (auch in der Kirche) zu fragen, wessen Sache wir zu der unseren machen bzw. unterstützen, welchem Ziel gesellschaftliches Engagement sich verpflichtet.

Das fordert jede und jeden Einzelnen *als Christ/Christin* und Bürger/Bürgerin heraus. Und es fordert unsere Kirchen heraus – als Arbeitgeberinnen, Schulträgerinnen, Trägerinnen von Entwicklungsarbeit usw. Wie kann die Kirche als Institution die Option für die Armen ernst nehmen?

Die Kirche kann die Option für die Armen ernst nehmen, indem sie öffentlich Position für soziale Gerechtigkeit bezieht und gleichzeitig vor ihrer eigenen Haustür kehrt und damit an Glaubwürdigkeit gewinnt. Weil die Kirche sich immer an ihren eigenen Maßstäben messen lassen muss, sind Diskussionen wie die um die Diakonie und den Dritten Weg so wichtig. Auch bei der Bewältigung der dabei wahrzunehmenden

Dilemmasituationen kann die Option für die Armen als zentrales Kriterium nicht zur Disposition stehen.

*Niemand sollte die Option für die Armen mit der Romantisierung der **Armut** verwechseln. Armut, die nicht selbst gewählt ist, ist bitter. Und diejenigen, die arm sind, wünschen sich in der Regel nichts mehr, als endlich aus der Armut herauszukommen. Die Freiheit von der materiellen Sorge ist ein großer Segen. Option für die Armen heißt auch nicht die Heiligsprechung oder Romantisierung der **Armen**. Wenn Menschen, denen es selbst gut geht, die Armen ideologisch auf einen Sockel heben, dann kann das auch eine Form des Von-Sich-Fernhaltens sein. Wer den Armen wirklich nah ist, sieht bei ihnen die gleiche Fehlbarkeit wie bei jedem anderen Menschen. Unsinn (etwa rechtsradikaler Unsinn) bleibt Unsinn, auch wenn er aus dem Munde der Armen kommt.*

Option für die Armen heißt vielmehr Ermöglichung von gerechter Teilhabe aller, auch der schwächsten Glieder. Solche Teilhabe braucht Befähigung. Die Armutsdenkschrift der EKD „Gerechte Teilhabe“ trägt deswegen den Untertitel „Befähigung zu Eigenverantwortung und Solidarität“.

Befähigung ist ein anspruchsvolles Programm. Sie lässt sich eben nicht nur durch Fordern erreichen, sondern sie braucht echtes Fördern. Wer meint, dass die Sperrung von Sozialgeldzahlungen dazu führt, dass Menschen endlich die Ärmel hochkrempeln und aktiv werden, der ist ziemlich weit weg von der Realität.

*Befähigung zur Teilhabe braucht intensive Begleitung und die kostet Geld, manchmal viel Geld. Das Programm der Befähigung zur Eigenverantwortung taugt nicht als Mittel zur Budgetsanierung. Wer den Sonntagsreden über den hohen Stellenwert der Bildung und insbesondere der frühkindlichen Bildung Taten folgen lassen will, muss dafür werben, dass der Staat auch die entsprechenden Mittel dafür hat. Und er darf die Mittel für Jugendwerkstätten und öffentlich geförderte Beschäftigung gerade **nicht** ersatzlos kürzen, sondern muss intelligente Wege zur Befähigung stärken!*

Was wir im 21. Jahrhundert brauchen, ist eine neue Bereitschaft, die eigenen Talente und Fähigkeiten, aber eben auch den materiellen Wohlstand, mit dem viele von uns gesegnet sind, für die Gesellschaft als ganze einzusetzen, dafür einzusetzen, dass die großen Zukunftsaufgaben bewältigt werden können, dafür einzusetzen, dass alle zur gerechten Teilhabe an der Gesellschaft befähigt werden können. In einem Land, in dem das private Vermögen sich in den letzten 20 Jahren auf ca. 12 Billionen €

verdoppelt hat und allein das private Geldvermögen rund 4,7 Billionen € beträgt, müssten die Mittel dafür aufzubringen sein!

Was die EKD-Armutsdenkschrift 2006 festgestellt hat, hat nichts von seiner Aktualität verloren:

„Eine Kirche, die auf das Einfordern von Gerechtigkeit verzichtet, deren Mitglieder keine Barmherzigkeit üben und die sich nicht mehr den Armen öffnet oder ihnen gar Teilhabemöglichkeiten verwehrt, ist - bei allem möglichen äußeren Erfolg und der Anerkennung in der Gesellschaft - nicht die Kirche Jesu Christi.“

3. Jeder Mensch ist als Geschöpf Gottes mit seinen/ihren Fähigkeiten, Talenten und Grenzen anzuerkennen.

Was dem Menschen in der biblischen Schöpfungsgeschichte zugesprochen wird, ist etwas wirklich Atemberaubendes! „Und Gott schuf den Menschen zu seinem Bilde, zum Bilde Gottes schuf er ihn“. Etwas Größeres kann man über den Menschen nicht sagen. Mehr Würde geht nicht. Der Mensch wird in all seiner Fragwürdigkeit, in all seiner Unvollkommenheit, ja und auch in all seiner Abgründigkeit zum Bild Gottes erklärt. Wer das ernst nimmt, dem kann es nicht mehr egal sein, wenn Menschen wegen ihrer Hautfarbe, wegen ihres Geschlechts, wegen ihrer Religion oder wegen ihrer sexuellen Orientierung diskriminiert werden.

Wer das verinnerlicht, der wehrt sich, wenn in Wahlkampfreden Stimmung gemacht wird gegen Asylbewerber oder Flüchtlinge oder wenn rechtsradikales Gedankengut sich in der Mitte der Gesellschaft breit macht. Wer sich das zu eigen macht, der erhebt Einspruch, wenn menschliches Leben schon bei der Entstehung wie eine Ware selektiert wird, und wenn alte Menschen das Gefühl bekommen, sie müssten um Sterbehilfe bitten, weil sie anderen nur noch zur Last fallen. Und wer den Menschen so sieht, der unterscheidet auch bei wegen Mord Inhaftierten zwischen der Person und ihren Taten und behandelt sie entsprechend. Erst recht protestiert er, wenn sie mit dem Tod bestraft werden, vielleicht umso mehr, wenn das in Ländern geschieht, die sich als Teil des christlichen Kulturraums verstehen.

All das ist die Konsequenz, wenn wir diesen Satz ernstnehmen, dass der Mensch geschaffen ist zum Bilde Gottes. Niemand sage, das seien nur unverbindliche Worte, auf die sich alle ohnehin einigen können. Sie sind Erinnerung an etwas, was wir in unserem persönlichen Leben und in unserer politischen Kultur so oft vergessen. Und

sie sind Lebenselixier für eine Gesellschaft, in der die Würde des Menschen für alle gilt.

Jeden Menschen mit Respekt zu behandeln, bedeutet auch und vor allem, allen Kindern und Jugendlichen, unabhängig von ihrer Herkunft und ihrer individuellen Leistungsfähigkeit möglichst gute Perspektiven für eine selbständige und verantwortliche Lebensgestaltung zu geben. Darin besteht eine grundlegende Aufgabe der Generationenverantwortung in der Familie und im Bildungssystem. Unser Bildungssystem wird der Aufgabe, junge Menschen zur verantwortlichen Lebensführung zu befähigen, nicht hinreichend gerecht, wenn es vor allem oder gar ausschließlich auf Wissensvermittlung und wirtschaftliche Funktionstüchtigkeit der künftigen Erwachsenen ausgerichtet wird.

Allen Kindern und Jugendlichen gerechte Beteiligungschancen an und durch Bildung zu eröffnen, verlangt – unabhängig von den konkreten Strukturen, die in bildungspolitischen Entscheidungen favorisiert werden – ein differenziertes Angebot an frühkindlicher, schulischer und außerschulischer Bildung, das Zeit, Anregung und Freiraum zur Persönlichkeitsentwicklung und zum Lernen in einem umfassenden Sinne gibt, das die Erfahrung von Anerkennung und Annahme vermittelt und das Selbstvertrauen, Vertrauen in andere Menschen und Respekt vor jedem Anderen grundlegt.

Die Kirchen tragen hier große Verantwortung in der Familienpastoral, für Kindertageseinrichtungen und Schulen. Die Gemeinden sind als Orte der Begegnung und der Solidarität zwischen den Generationen herausgefordert, das Miteinander zwischen Jungen, Älteren und Alten in Zeiten wachsender Herausforderungen im Generationenverhältnis zu unterstützen. Die steigenden Anforderungen in der Verantwortung für sehr alte Menschen rufen nach neuen Antworten in der Begleitung pflegender Angehöriger in den Gemeinden wie in den diakonischen Diensten. Wer die Würde alter Menschen ernst nimmt, der muss auch bereit sein, die finanziellen Mittel aufzuwenden, damit die Mitarbeitenden in der Pflege die Möglichkeit haben, sich den alten Menschen wirklich zuzuwenden.

4. Schöpfungsgerecht zu leben bezeugt den Glauben an Gott, den Schöpfer, und ist ein Gebot der Fairness in der Einen Welt und gegenüber den zukünftigen Generationen.

Gott als Schöpfer und die Natur als Schöpfung Gottes zu bekennen, ist ein starkes Statement. Als Schöpfung steht die Natur nicht als bloße Sache zu unserer beliebigen Verfügung. Sie ist nicht unser Besitz, sondern uns nur anvertraut. Das aber heißt: Wasser und Luft sind öffentliche Güter. Sie können nicht zum Privatbesitz werden. Und die Beeinträchtigung dieser öffentlichen Güter – etwa durch den Ausstoß des schädlichen Treibhausgases CO₂ – trifft jeden Menschen und kann daher nur gemeinsam geregelt werden.

Von dieser Konsequenz unseres Bekenntnisses zu Gott als dem Schöpfer sind wir weit entfernt. Gegenwärtig nimmt sich ein Teil der Menschheit, zu dem auch wir hier in Deutschland gehören, einen Anteil an den natürlichen Ressourcen, der weit über dem liegt, was uns zustehen würde.

*Spätestens jetzt, am Beginn des 21. Jahrhunderts, ist es Zeit umzusteuern, Wir haben kein Recht, über unseren Anteil hinaus heute die Ressourcen zu verbrauchen, die **zukünftigen** Generationen dann nicht mehr zur Verfügung stehen. Und wir haben kein Recht, zur Aufrechterhaltung unseres gegenwärtigen Wohlstandsmodells so viele Ressourcen zu verbrauchen, dass sie den **jetzt** lebenden Menschen **anderswo** fehlen, die sich aus der Armut zu befreien versuchen. Die Wirtschaften in den sich entwickelnden Ländern müssen wachsen können, um aus der Armut herauszukommen. Deswegen darf bei uns nur noch wachsen, was zur Verminderung des Ressourcenverbrauchs beiträgt.*

Dafür, wie wir dahin kommen, hat keiner ein Patentrezept. Und dass wir weit davon entfernt sind, persönlich die ökologischen Ziele zu praktizieren, die wir in den Blick nehmen, ist auch klar. Aber in den Widersprüchen, in denen wir leben, diese Ziele im Blick zu behalten und durch unsere Lebensweise wie durch unser politisches Engagement an ihrer Verwirklichung zu arbeiten, das liegt ganz bestimmt in der Perspektive unseres Bekenntnisses zu Gott als dem Schöpfer. Darin können wir auf dem Weg zu einer ökumenischen Sozialethik für das 21. Jahrhundert tatsächlich Salz der Erde und Licht der Welt sein.

Hier kann ich noch einmal an unser Leitmotiv anknüpfen: „Suchet zuerst das Reich Gottes und seine Gerechtigkeit“ - Jesu Alternative zu einer Art menschlicher Sorge, die offenkundig in die Irre führt. Dass wir sorgen müssen, liegt auf der Hand: Der Mensch hat Bedürfnisse, es wäre inhuman, sie zu ignorieren! Deshalb ist es richtig, dass die Befriedigung humaner Grundbedürfnisse in den Menschenrechten – z. B.

auf Nahrung, Gesundheit, Bildung und Arbeit anerkannt ist. Sie für alle Menschen dieser Erde zu sichern, ist eine feste Verpflichtung. Die zweifelhafte bisherige Bilanz der Millenniums-Entwicklungsziele, mit denen die Weltgemeinschaft ins dritte Jahrtausend gestartet ist, zeigt, wie weit wir davon entfernt sind, sie zu erfüllen.

In der postindustriellen Gesellschaft und in einer globalisierten Wirtschaft sieht das „Säen und Ernten“ völlig anders aus, als die Bilder des Neuen Testaments es uns vorstellen: Ressourcennutzung, Produktion und Distribution verlangen immense Infrastrukturen und werden in kaum mehr überschaubaren Handlungsketten organisiert.

Wege aus einem globalen Wirtschaftssystem, das die Erde zerstört, sind möglich. Was wir brauchen, ist ein globaler Aufbruch, eine große Transformation, hin zu einer nachhaltigen Wirtschaft, die gerechte Teilhabe für alle ermöglicht und mit der Bewahrung der Natur vereinbar ist. Nur wenn kreative Unternehmerinnen und Unternehmer, gut ausgebildete Arbeitskräfte, das Engagement Vieler in einer global entstehenden Zivilgesellschaft und weltweit kooperierende staatliche Institutionen dieses Ziel nachdrücklich verfolgen, können die notwendigen Veränderungen auf den Weg gebracht werden. Die Kirchen sollten sie dabei unterstützen!

5. Friede ist das Werk der Gerechtigkeit.

Die Überwindung von Gewalt gehört zu den dringlichsten Herausforderungen, vor denen die Menschheit steht. Menschen, für die das Doppelgebot der Liebe das Zentrum ihres Glaubens bildet, wollen bei der Bewältigung dieser Herausforderung in der ersten Reihe stehen. Es trifft uns ja selbst, wenn an so vielen Orten der Welt Männer, Frauen und Kinder sinnlos sterben, weil Gewalt als Mittel des Machterhalts, als Mittel zur Erringung der Macht oder auch nur als Mittel der Konfliktlösung eingesetzt wird. Und es trifft uns hier umso mehr, wenn auf den Waffen, die dabei eingesetzt werden, „Made in Germany“ steht.

Ein Verbot jeglicher Waffenproduktion werden wir nicht fordern können, jedenfalls wenn wir eine nationale oder internationale Rechtsgewalt befürworten, die das Recht notfalls auch mit Zwangsgewalt durchsetzt. Aber dass Waffen aus geostrategischen Gründen in Spannungsgebiete geliefert werden, in denen sie eben nicht zur

Erhaltung des **Rechts**, sondern zur Erhaltung der **Macht** undemokratischer Regime eingesetzt werden, das muss auf den Widerspruch der Kirchen treffen. Deswegen ist die Tatsache, dass Deutschland nach wie vor drittgrößter Rüstungsexporteur der Welt ist, keine Erfolgsmeldung, sondern ein Alarmzeichen.

Die Entwicklung, auf die die beiden großen Kirchen in ihrem letzten Rüstungsexportbericht hingewiesen haben, ist in dieser Hinsicht besorgniserregend. Die Bedeutung von sogenannten „Drittstaaten“, also Staaten außerhalb von NATO und EU, die Empfänger deutscher Rüstungsexporte sind, nimmt weiter zu. 2011 sind die Kriegswaffenexporte in Drittländer im zweiten Jahr in Folge deutlich angestiegen. 2011 erhielten 64 Länder, deren Menschenrechtssituation als sehr bedenklich einzustufen ist, Rüstungsgüter aus Deutschland; in 39 Empfängerländern deutscher Rüstungsgüter gab es interne Gewaltkonflikte.

Allein der Einsatz unvorstellbar hoher Ressourcen für die Drohung mit Gewalt oder die Anwendung von Gewalt macht sprachlos. Im Jahr 2011 sind 1,74 Billionen US-Dollar für Rüstung aufgewendet worden. Im gleichen Zeitraum wurden 133,5 Mrd. Dollar für Entwicklungszusammenarbeit ausgegeben, die dazu auch noch durch weit höhere Zins- und Tilgungszahlen armer an reiche Länder übertroffen wurden. Das Missverhältnis zwischen der Aufwendung von Ressourcen für die Drohung mit Gewalt oder die Anwendung von Gewalt auf der einen Seite und der Bereitschaft, Ressourcen für die strukturelle Bekämpfung von Hunger und medizinischer Unterversorgung aufzuwenden, ist und bleibt ein Skandal, den wir nicht hinnehmen können. Als Kirchen, die wir vor Ort verwurzelt und gleichzeitig weltweit verbunden sind, haben wir die Pflicht, in unseren jeweiligen Ländern auf diesen Skandal hinzuweisen und so zur Kraft der Versöhnung zu werden.

Gewalt ist immer eine Niederlage, auch dann, wenn sie als Notmaßnahme nicht zu verhindern ist. Die Kirchen können darin Salz der Erde und Licht der Welt sein, dass sie in den ganz unterschiedlichen Kontexten der weltweiten Zivilgesellschaft, in denen sie leben, ein klares Zeugnis für die Überwindung der Gewalt abgeben.

Wenn Gewalt im Ansatz überwunden werden soll, kommen wir auch um die Überprüfung sozialer Beziehungsmuster in unseren Gesellschaften nicht herum. Aus

der Perspektive der Armen aller Art gilt es, Machtasymmetrien kritisch aufzudecken, zu fragen, wem und wozu sie dienen.

Solche Machtasymmetrien sind auf vielfältige Weise wirksam: Etwa zwischen Mitgliedern der angestammten Bevölkerung und Zuwanderern, die bei uns nach Sicherheit, besseren Lebensmöglichkeiten, Bildungschancen und Erwerbsbeteiligung suchen. Als „Andere“, Fremde“ haben sie in unserer Gesellschaft nur eingeschränkte Beteiligungs- und Mitwirkungschancen und stoßen vielfach auf Skepsis und Ablehnung. Oder zwischen Frauen und Männern: man denke an die nach wie vor stark asymmetrische Beteiligung an Erziehungs- und Pflögetätigkeiten, die typischerweise mit Einbußen an sozialer Sicherheit verbunden sind, oder an den sog. gender pay gap, der eine erhebliche Asymmetrie in der Partizipation an den Erträgen der Erwerbsarbeit zu Lasten der Frauen (auch der gut ausgebildeten) ausweist. Nicht jedes Machtungleichgewicht im Sinne asymmetrischer Beteiligung(smöglichkeiten) bedeutet im strengen Sinne Gewalt. Aber vielfach gehen Machtasymmetrien – auch in kirchlichen Kontexten – mit Gewalt einher, nicht zuletzt auch mit sexueller bzw. sexualisierter Gewalt.

Ein Schlüssel zur Überwindung von Machtmissbrauch und Ungerechtigkeiten sind die Menschenrechte, die dem Menschen allein aufgrund der ihm zugesprochenen Würde, vor jeder Leistung, vor jedem individuellen Verdienst zukommen. Den Menschenrechten kommt in einer ökumenischen Sozialethik für das 21. Jahrhundert eine unabweisbare Bedeutung zu.

Wir knüpfen damit an den Standard an, den das 20. Jahrhundert – als Antwort auf die epochalen Katastrophen zweier Weltkriege – als einem weltweiten Basisethos errichtet hat. Dieser Versuch einer ethischen Grundlegung für eine Verständigung über Standards des Zusammenlebens in der Weltgemeinschaft ist bis heute nicht überholt und wohl kaum überholbar. Christen und ihre Kirchen sind in der Verantwortung, an der Verwirklichung der grundlegenden Rechte der Person für jeden Menschen mitzuarbeiten - gemeinsam mit Andersgläubigen und Nichtgläubigen, die, aus anderen Quellen schöpfend, ebenfalls mit Überzeugung an diesem Projekt arbeiten.

Perspektive

Was wir hier in aller Kürze als Elemente einer ökumenischen Sozialethik für das 21. Jahrhundert beschrieben haben, ist kein Katalog moralischer Zumutungen. Es ist die Vision eines guten, glücklichen Lebens. Erfüllt leben, das heißt in dem Bewusstsein leben, dass alle anderen auch leben können und dass sie in Würde leben können. Es heißt, dass das sinnlose Sterben auf dieser Welt aus Mangel an Nahrung oder Medizin endlich aufhört. Es heißt, dass die Gewissheit oder auch nur Ahnung, dass unser Leben jetzt auf Kosten der Zukunft geht, der Vergangenheit angehört, weil wir unseren Lebensstil an die Möglichkeiten der Natur angepasst haben. Es heißt, dass an die Stelle des materiellen Wohlstandszuwachses der Beziehungswohlstandszuwachs tritt. Es ist die wunderbare Erfahrung, dass das eigene Glück größer wird, weil man es teilt. Die Perspektive einer ökumenischen Sozialethik für das 21. Jahrhunderts ist die Perspektive eines erfüllten Lebens. Die Welt ist nicht so, aber als in Christus versöhnte Welt trägt sie die Verheißung in sich, so zu sein.

„Suchet zuerst das Reich Gottes und seine Gerechtigkeit“: Jesus ermutigt seine Jüngerinnen und Jünger, von falscher Sorge zu lassen und sich frei zu machen für die allen Menschen verheißene Gerechtigkeit. „Wir erwarten einen neuen Himmel und eine neue Erde, in denen Gerechtigkeit wohnt“ (2 Petr 3,13). „Gerechtigkeit“ markiert hier die eschatologische Hoffnung auf die große Richtigstellung der gesamten geschöpflichen Wirklichkeit. Diese Hoffnung entlastet den Menschen von der Last der „Herstellung“ einer gerechten Welt! Sie weiß um die Grenzen des menschlichen Vermögens. Und sie bettet das menschliche Suchen ein in die Sphäre der göttlichen Wirkmacht, die alles menschliche Tun mit seinen Grenzen radikal überschreitet. Wenn das Streben nach Gerechtigkeit eine Aufgabe für den Menschen ist, dann immer mit dem Zusatz: im Zeichen des Vorläufigen und mit dem Risiko, neue Ungerechtigkeiten hervorzubringen. Eine ökumenische Sozialethik hält diese Grenzen wach, aber nicht im Gestus der Resignation, sondern des hoffenden Vertrauens auf den Gott Jesu, der das Suchen nach Gerechtigkeit mit seiner Verheißung unterfängt.

ⁱ Die Formulierung findet sich im Beschluss „Unsere Hoffnung“ der Würzburger Synode, vgl. Gemeinsame Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland. Beschlüsse der Vollversammlung. Offizielle Gesamtausgabe, Freiburg 1976, S. 97.

ⁱⁱ Dietrich Bonhoeffer, Ethik, DBW, 40.

ⁱⁱⁱ A.a.O. 52f.